

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 69. Ministerrat

#### 8. September 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „Verschärfung des Glückspielrechts“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „Demokratiebildung in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „Beibehaltung des Panzergrenadierbataillons 13 am Kasernenstandort Ried“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „keine Aufweichung des Österreichischen Staatsbürgerschaftswesens“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „Blackout-Gesamtstrategie Bund-Land-Gemeinde-Haushalt“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2021, mit dem eine Resolution der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 24. Juni 2021 betreffend „Pflegerreform im Sinne bäuerlicher Familien rasch umsetzen“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juli 2021 betreffend „Ausarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juli 2021 betreffend „Erhalt der Einsatzfähigkeit der Polizei in Oberösterreich“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juli 2021 betreffend „Asylpolitik verschärfen“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juli 2021 betreffend „Sicherstellung von praxisorientierten Einsatzmöglichkeiten und Ausbildungsangeboten im Pflegebereich“ vorgelegt wird.

11. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juli 2021 betreffend „bedarfsgerechte Aufstockung des sonderpädagogischen Stundenkontingents“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Landeshauptmannes von Vorarlberg vom 27. Juli 2021, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juli 2021 betreffend „gesamteuropäische Asylstrategie“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 19. Juli 2021, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juli 2021 betreffend „Digitalisierung im Klassenzimmer“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 27. Juli 2021, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juli 2021 betreffend „Auf geändertes Bewegungsverhalten aufgrund der Pandemie reagieren – Impulse für mehr Bewegung setzen“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 23. Juli 2021, mit dem eine EntschlieÙung vom 8. Juli 2021 betreffend „Als erstes kommt die Menschlichkeit: Vorarlberg bleibt seiner humanistischen Tradition treu!“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Photovoltaik-Freiflächen“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Briefwahl bei Volksbefragungen und Volksabstimmungen“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Verlängerung der Art. 15a B-VG Vereinbarung über die Elementarpädagogik“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Anbringung einer Gedenktafel für die 71 Toten in einem LKW auf der A4 bei Parndorf“ vorgelegt wird.
20. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Verdoppelung des Pflegebonus“ vorgelegt wird.
21. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „steuerfreie Bonuszahlungen für MitarbeiterInnen“ vorgelegt wird.
22. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Erhöhung und Erweiterung des Corona-Bonus“ vorgelegt wird.

23. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Maßnahmen gegen den österreichischen Ärztemangel“ vorgelegt wird.
24. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Maßnahmen für eine faire Unterstützung der burgenländischen PendlerInnen“ vorgelegt wird.
25. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ vorgelegt wird.
26. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 13. Juli 2021 betreffend „Aufnahmestopp von Asylwerbern im Burgenland“ vorgelegt wird.
27. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 2. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 22. Juli 2021 betreffend „Keine Abschaffung des Bargeldes und keine Barzahlungsobergrenze einführen“ vorgelegt wird.
28. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 2. August 2021, mit dem ein Beschluss vom 22. Juli 2021 betreffend „Katastrophenschutz – Sicherstellung der Finanzierung der Feuerwehren durch den Katastrophenfonds“ vorgelegt wird.
29. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 8. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Juni 2021 betreffend „Erhalt der Wahlfreiheit bei Zahlungsvorgängen und Recht auf Bargeldzahlungen ohne Höchstgrenze“ vorgelegt wird.
30. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 19. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2021 betreffend „Änderung der Zeitangabe bei Testergebnisprotokollen von SARS-COV-2-Tests in der Gastronomie“ vorgelegt wird.
31. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 13. Juli 2021, mit dem fünf Anträge der Vollversammlung vom 12. Juli 2021 vorgelegt werden.
32. Schreiben des Katholischen Laienrats Österreichs vom 19. Juli 2021, mit dem zwei Resolutionen der Vollversammlung vom 19. Juni 2021 betreffend „Religionsfreiheit“ und „Erfordernisse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation“ vorgelegt werden.
33. Schreiben des Bürgermeisters von Lackenbach vom 30. Juli 2021, mit dem eine Petition betreffend „Verlängerung der A3 bis zur österreichisch-ungarischen Staatsgrenze“ vorgelegt wird.
34. Schreiben des Bürgermeisters von Neckenmarkt vom 16. Juli 2021, mit dem eine Resolution betreffend „Eisenbahnverkehr im Mittelburgenland“ vorgelegt wird.

35. Schreiben des Bürgermeisters von Tullnerbach vom 22. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2021 betreffend „Berücksichtigung des Kindeswohls in allen Phasen des Asylverfahrens sowie der Errichtung von Härtefallkommissionen in den Gemeinden“ vorgelegt wird.
36. Schreiben von drei Gemeinden (Rum, Kitzbühel, Hall in Tirol), mit denen Resolutionen betreffend „Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich“ vorgelegt werden.
37. Schreiben von zwei Gemeinden (Pöttelsdorf, Deutsch Schützen-Eisenberg), mit denen Resolutionen betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ vorgelegt werden.
38. E 198-NR/XXVII.GP vom 19. Juli 2021 betreffend „Hilfe aus dem Katastrophenfonds für die Betroffenen des verheerenden Starkregens und der schweren Überflutungen in Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 19. Juli 2021**

**betreffend Hilfe aus dem Katastrophenfonds für die Betroffenen des verheerenden Starkregens und der schweren Überflutungen in Österreich**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern den Opfern der Unwetterkatastrophe aus dem Katastrophenfonds rasch und unbürokratisch Hilfe zur Beseitigung der Schäden nach der Unwetterkatastrophe im Juli 2021 zur Verfügung zu stellen.